



Presseinformation

Nr. 26.009

27.01.2026

Alkoholverbotszonen können präventive sozialpolitische Maßnahmen nicht ersetzen

Zum heutigen Beschluss des Kabinetts, die Rechtsgrundlage für die Ausweisung von Alkoholverbotszonen zu schaffen, sagt der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jan Kürschner**:

Alkoholverbotszonen können präventive sozialpolitische Maßnahmen nicht ersetzen. Sie dürfen daher in den Kommunen nur als letztes Mittel in Betracht gezogen werden, wenn andere Instrumente nicht mehr ausreichen, um konkrete Problemlagen zu entschärfen. Der Schwerpunkt kommunalen Handelns muss immer klar auf Prävention, aufsuchender Sozialarbeit, Streetwork sowie niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten liegen.

Gleichwohl kann eine zeitlich und räumlich eng begrenzte Verbotzone im Einzelfall Bestandteil eines umfassenden Sicherheits- und Präventionskonzepts sein.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de